



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2009/08416**
Datum: 04.11.2009
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	12.11.2009	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Petra Tomczyk-Radji (CDU-Fraktion) zum Thema "Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfe und des EU-Schulobstprogramms"

Aus Sicht der Gesundheitserziehung zur gesunden Ernährung und damit zur Gesundheitsprävention möchte ich gern wissen, ob und wenn ja, in welchem Umfang in der Stadt Halle die Beihilfe und das Programm in Anspruch genommen werden bzw. ob und in welchem Umfang beabsichtigt ist, dies zu tun.

Hintergrund:

1. Entscheidung des Bundesrates vom 18.09.2009 Tausende Schüler sollen in Deutschland kostenloses Obst bekommen. Der Bundesrat gab für das Gesetz zum Schulobstprogramm der EU am 18.09.09 nach langem Streit praktisch in letzter Minute grünes Licht...Die Länder sollen auf die EU-Mittel von 20 Millionen Euro noch einmal rund 18 Millionen Euro drauflegen. (Quelle: MZ online 18.09.2009)

2. Situation im Land Sachsen-Anhalt
Sachsen-Anhalts (bisheriger/T-R) Agrar-Staatssekretär Hermann-Onko Aikens erklärte unterdessen, dass unabhängig von einer Einigung für 2010 und 2011 bereits je 150 000 Euro für das Schulobstprogramm im Landeshaushalt eingeplant sind. Inklusive der EU-Mittel stünden damit je 600 000 Euro zur Verfügung. "Allerdings reicht es nicht für alle Kinder", sagte Aikens. Voraussichtlich 20 bis 25 Prozent der Grundschüler würden profitieren. (Quelle: MZ online 15.09.1009)

3. Beschluss des Landtages Drs. 5/62/2128 B vom 03.09.2009 mit Zustimmung der
Beschlussempfehlung Drs. 5/2128 und damit Auftragserteilung an die Landesregierung zur
Inanspruchnahme